



So harmonisch geht es laut einer Untersuchung leider nicht in allen Kindergärten zu

APA

Personal überfordert: Gewalt in den Kindergärten steigt

Aktuelle Untersuchung zeigt, dass 50 Prozent aller Kindergartenpädagoginnen schon einmal Übergriff einer Kollegin mitbekamen.

Von Daniele Marcher

In ein Badezimmer eingesperrte Kinder, an den Hochstuhl gebundene Sprösslinge – in den letzten Monaten wurden erschreckende Fälle von Gewalt in Kindergärten bekannt. Dass diese leider keine Einzelfälle sind, zeigt jetzt eine Untersuchung der Wienerin Claudia Schütz für ihre Bachelorarbeit an der FH Wien.

500 Elementarpädagogen aus ganz Österreich wurden dazu mittels Fragebogen befragt. Das Ergebnis macht betroffen: 50 Prozent aller Befragten hatten schon einmal Gewalt in ihrer Einrichtung beobachtet. Die

Bandbreite reicht von negativen Kommentaren über festes Anpacken, unsanftes Niedersetzen und Hinterherziehen bis hin zum strafweisen Anbehalten der mit Urin durchtränkten Kleidung. „Die Zahlen sind erschreckend“, betont Schütz, selbst Pädagogin.

Die Rahmenbedingungen in den Kindergärten, so eine der Schlussfolgerungen in der Bachelorarbeit, würden teilweise zur Überforderung der pädagogischen Fachkräfte führen. Das wiederum begünstige möglicherweise gewaltvolle Handlungen. „Es braucht Arbeitsbedingungen, welche den Aufbau

vertrauensvoller und empathischer Beziehungen zu den Kindern begünstigen“, so Schütz.

„Wir wollen nicht noch Öl ins Feuer gießen, denn die Pädagogen und Träger der Kindergärten leisten gute Arbeit. Doch es gibt einfach zu wenig Mittel“, betont Bettina Wachter, Sprecherin der seit zwei Jahrzehnten aktiven Plattform EduCare. Sie sieht daher nur eine Lösung: „Jetzt ist die Politik am Zug.“

Auch der österreichische Berufsverband der Kindergarten- und Hortpädagoginnen betont, dass dringender Handlungsbedarf besteht – damit Kindergärten nicht zu reinen Aufbewahrungsstätten werden.

GRAZ, KLAGENFURT

FPÖ sammelt Unterschriften gegen Krško-Ausbau

In Straß, knapp 90 Kilometer Luftlinie vom slowenischen Krško entfernt, präsentierten die Steirischen und Kärntner Freiheitlichen gestern eine gemeinsame Petition gegen die Ausbaupläne für das dortige Atomkraftwerk. Bekanntlich drängt der slowenische Regie-

rungschef Marjan Šarec auf den Bau eines zweiten Reaktors, auch eine Laufzeitverlängerung des AKW bis 2043 ist Thema.

Die beiden FPÖ-Landesparteiobleute Mario Kunasek und Gernot Darmann bezeichnen diese Pläne als „atomaren Wahnsinn“. Um öffentlichen

Druck aufzubauen, starten sie eine Unterschriftenaktion. Über das Internet bzw. ihre Parteiapparate sollen bis Jahresende mehrere Tausend Unterschriften gesammelt und an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen übergeben werden. **Robert Lenhard**

NACHRICHTEN

Betrug durch falschen Grazer Bürgermeister

GRAZ. Mit einem gefälschten Facebook-Account und einem offiziell wirkenden Foto vom Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl hat ein unbekannter Täter einer Frau Geld herausgelockt. Im Gegenzug wurde ihr eine höhere Summe in Aussicht gestellt, die dann aber nicht auf ihrem Konto einging. Da erstattete die Frau die Anzeige.

557 Gemeinden bei Klima-Prottestaktion mit dabei

WIEN. Von Reutte und Friesach bis Poysdorf – Tausende Menschen wollen am Freitag bei einer Protestaktion in 557 Gemeinden zeigen, dass sie hinter den Forderungen der jungen Menschen stehen, die seit Monaten für den Klimaschutz demonstrieren. Mit der Aktion startet die internationale „Week for Future“.

Beamter verkaufte in Wien Aufenthaltstitel

WIEN. Ein ehemaliger Kanzleibediensteter der Wiener Magistratsabteilung (MA) 35 ist gestern am Wiener Landesgericht zu 20 Monaten bedingt verurteilt worden, weil er über Jahre hinweg Aufenthaltstitel verkauft hatte. In 53 Fällen hatte er Dokumente bei der Staatsdruckerei bestellt, ohne dass der Akt fremdenrechtlich bearbeitet wurde. Sein Motiv war übrigens Spielsucht.

Nach Bluttat an Frau (85) U-Haft beantragt

ST. PÖLTEN. Im Fall der in ihrem Einfamilienhaus in Edlitz getöteten 85-Jährigen ist gestern die Verhängung der Untersuchungshaft über den 61-jährigen Verdächtigen beantragt worden. Die Entscheidung darüber soll heute, Donnerstag, fallen. Der Tatverdächtige, Finanzberater der Frau, konnte auch gestern nicht befragt werden. Er liegt noch im Krankenhaus.